

+++ Ausgabe vom 27. März 2009 +++

Soziale Gerechtigkeit in Deutschland: Stimmungen, Realitäten und notwendige Konsequenzen

Im Gefolge der Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Debatte um die soziale Gerechtigkeit in Deutschland an Schärfe gewonnen. Eklatante Fehlentwicklungen wie Bonuszahlungen an Bankenmanager, die Milliardenbeträge vernichtet haben, sind hierfür ursächlich. Diese Fehlentwicklungen verzerren die soziale Realität in Deutschland. Untersuchungen zeigen, dass der Sozialstaat im Kern funktioniert und die soziale Gerechtigkeit gewahrt ist. Deshalb besteht akuter Handlungsbedarf, um das Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft wieder zu stärken.

Soziale Gerechtigkeit in Deutschland: Stimmungen, Realitäten und notwendige Konsequenzen

Peter Witterauf

Im Gefolge der Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Debatte um die soziale Gerechtigkeit in Deutschland an Schärfe gewonnen. Eklatante Fehlentwicklungen wie Bonuszahlungen an Bankenmanager, die Milliardenbeträge vernichtet haben, sind hierfür ursächlich. Diese Fehlentwicklungen verzerren die soziale Realität in Deutschland. Untersuchungen zeigen, dass der Sozialstaat im Kern funktioniert und die soziale Gerechtigkeit gewahrt ist. Deshalb besteht akuter Handlungsbedarf, um das Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft wieder zu stärken. Es ist zum Beispiel sicherzustellen, dass der Steuerzahler nicht nur für die Verluste bei den Banken aufkommt, sondern auch an künftigen Gewinnen beteiligt ist.

1. Neue Debatte um soziale Gerechtigkeit

Die Debatte um die soziale Gerechtigkeit in Deutschland hat seit Beginn des Jahres 2009 neuen Auftrieb erhalten. Wo bleibt die Gerechtigkeit, war in verschiedenen Medien zu lesen, wenn einer Kassiererin wegen 1,30 Euro gekündigt werde und gleichzeitig Manager, die Milliardenbeträge vernichtet haben, noch im Amt seien? Wie kann es sein, so wurde gefragt, dass eine Bank wie die Hypo Real Estate nur mit Krediten und staatlichen Garantien in dreistelliger Milliardenhöhe überleben kann und gleichzeitig ihre Exmanager weitere Zahlungen in Millionenhöhe einklagen?

Die brisante Entwicklung wird durch Umfragen bestätigt: Die Mehrheit der Bevölkerung ist zunehmend der Auffassung, dass es in Deutschland sozial ungerecht zugehe. Nach Umfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach hat sich die Auffassung hierzu in den letzten Jahren dramatisch verschlechtert. Auf die Frage "Wie sehen Sie das: Sind die wirtschaftlichen Verhältnisse bei uns in Deutschland – ich meine, was die Menschen besitzen und was sie verdienen – im Großen und Ganzen gerecht oder nicht gerecht?", antworteten im Jahr 1995 43% der Befragten mit "nicht gerecht" und 39% mit "gerecht". Seither haben sich die Auffassungen drastisch auseinander entwickelt. Im Jahr 2008 antworteten 75% mit "nicht gerecht" und nur 13% mit "gerecht".¹

Diese Ergebnisse verwundern allerdings nicht. Seit längerem bestimmen Negativmeldungen aus der Wirtschaft die Schlagzeilen der Medien. Gravierende Fälle an Steuerhinterziehung bei vermögenden Personen schwächen das Ansehen der Wirtschaftselite ebenso wie "goldene Handschläge" nach eklatanten Fehlleistungen. Wie soll der Normalbürger unser Wirtschaftssystem bejahen, wenn gleichzeitig Massenentlassungen bei Arbeitnehmern und Gehaltssteigerungen bei Managern angekündigt werden? Auch die exorbitant gestiegenen Managergehälter erschüttern das Vertrauen in unsere Wirtschaftsordnung. In den 70er-Jahren erhielt der Vorstandsvorsit-

zende eines Großkonzerns durchschnittlich etwa 30-mal so viel Gehalt wie ein Arbeiter seines Unternehmens. 1990 waren es 100-mal und 2001 350-mal so viel.² Es fällt schwer, diese Relationen zu begründen. Im Übrigen gibt es Studien, wie viel mehr ein Konzernchef verdienen kann als ein Arbeiter, ohne das Gerechtigkeitsgefühl zu verletzen. Akzeptiert wird nach diesen Studien höchstens das Zehn- bis Fünfeinfache.³

Auf noch viel größeres Unverständnis stößt, wenn Banken, die nur deshalb nicht in Konkurs gingen, weil der Staat mit massiven Garantien oder Finanzhilfen bis hin zu Beteiligungen einsprang, Bonuszahlungen an ihre Führungskräfte in einer Größenordnung von mehreren 100 Millionen Euro ausschütten. Dies widerspricht allen Vorstellungen von Ethik und Moral. "Die Gier lebt weiter", wurde in einer großen deutschen Wochenzeitung angesichts dieser Fehlentwicklungen formuliert.⁴

Besorgniserregend ist auch ein weiteres Umfrageergebnis. Auf die Frage "Sorgt die Politik für mehr Gleichheit zwischen Ärmern und Reichen, oder trägt die Politik dazu bei, dass die Unterschiede zwischen Armen und Reichen größer werden?", antworteten 85%: "Die Politik sorgt für mehr Ungleichheit." Nur 5% waren der Auffassung, die Politik solle für mehr Gleichheit sorgen.⁵

Solche Umfrageergebnisse lassen gerade im Wahljahr 2009 schwierige Diskussionen erwarten. Dies umso mehr, als die Thematik "Soziale Gerechtigkeit" ein herausragendes Zielobjekt für Populisten jeglicher Couleur ist. Es ist deshalb erforderlich, folgende Fragen zu diskutieren: Was bedeutet überhaupt soziale Gerechtigkeit? Wie ist die Situation in Deutschland? Wo gibt es Fehlentwicklungen? Was kann dagegen getan werden?

2. Sozial gerecht – was heißt das?

Der Begriff "Soziale Gerechtigkeit" ist einerseits positiv besetzt. Jede Partei, die sich die Forderung nach mehr sozialer Gerechtigkeit auf die Fahnen schreibt, kann sich der Zustimmung breiter Bevölkerungskreise sicher sein. Deshalb hat diese Forderung gerade in Wahlkampfzeiten immer wieder Hochkonjunktur. Andererseits gibt es kaum einen Begriff, der derart dehnbar und interpretierbar ist und gleichzeitig geradezu inflationär verwendet wird. Der Ökonom und Nobelpreisträger Friedrich August von Hayek hat sich deshalb wie folgt geäußert: "Mehr als 10 Jahre habe ich mich intensiv damit befasst, den Sinn des Begriffs Soziale Gerechtigkeit herauszufinden. Der Versuch ist gescheitert; oder besser gesagt, ich bin zu dem Schluss gelangt, dass für eine Gesellschaft freier Menschen dieses Wort überhaupt keinen Sinn hat."⁶

Diese Argumentation ist zwar nachvollziehbar, sie hilft aber letztlich nicht weiter, vor allem in der heutigen Zeit, in der die Menschen mehr denn je nach sozialer Gerechtigkeit verlangen. Der diffuse Begriff "Soziale Gerechtigkeit" muss deshalb hinterfragt werden, damit mehr Klarheit in die öffentliche Debatte kommt. Dabei geht es im Kern um einen Spannungsbogen, wie er schon seit Aristoteles diskutiert wird. Ihn bestimmen die beiden Extrema "Verteilungsgerechtigkeit" auf der einen Seite und "Leistungsgerechtigkeit" auf der anderen.

Die Umsetzung des Ziels "Verteilungsgerechtigkeit" (es wird auch von der "Bedarfsgerechtigkeit" oder "Ergebnisgerechtigkeit" gesprochen) hätte zur Folge, dass jedem möglichst das Gleiche zukommen soll. Dies mag ein populistischer Traum linker Gruppierungen sein, dessen Verwirklichung aber verheerende Konsequenzen für die wirtschaftliche und soziale Realität in Deutschland hätte. Individuelle Leistungsanreize, die das zentrale Fundament unserer Sozialen Marktwirtschaft ausmachen, würden ausgehebelt werden. Je stärker das Volkseinkommen, das auf Grund vielfältiger Einzelentscheidungen entsteht, umverteilt wird, desto stärker werden die damit verbundenen Wohlstandseinbußen. Der Weg in den Verteilungsstaat ist letztlich auch der Weg in die Armut.

Für eine auch längerfristig tragfähige Politik kann deshalb die Forderung nach "Sozialer Gerechtigkeit" nur als "Leistungsgerechtigkeit" verstanden werden, die natürlich auch die notwendige Solidarität mit den Schwachen unserer Gesellschaft gewährleisten muss. Aber: Wer mehr leistet und mehr Risiken eingeht, der muss auch ein höheres Einkommen haben. Daraus ergeben sich Ungleichheiten, die nicht nur sozial gerecht sind, sondern auch die Grundlage für positive wirtschaftliche Entwicklungen darstellen.

Die Chancengerechtigkeit muss gleichzeitig sicherstellen, dass unabhängig von Herkunft und materiellen Rahmenbedingungen eine gerechte Chance zur Teilhabe an der Gesellschaft und am wirtschaftlichen Aufstieg besteht. Hier ist vor allem die Bildungspolitik gefordert.

Es steht außer Frage, dass den Schwachen der Gesellschaft zielgerichtet geholfen werden muss. Aber auch hier muss die Hilfe vor allem Hilfe zur Selbsthilfe sein. Der Sozialstaat würde sich selbst gefährden, wenn das Streben nach "Gleichmacherei" und Absicherung dazu führt, dass die wirtschaftliche Dynamik erlahmt, weil immer mehr Leistungsempfänger immer weniger Leistungsträgern gegenüberstehen. Auch dies zeigt: Soziale Gerechtigkeit kann nicht soziale Gleichheit sein!

3. Indikatoren zur sozialen Gerechtigkeit

Um die Frage zu beantworten, ob es in einem Staat "sozial gerecht" zugeht, werden meist die Einkommensverteilung und die Vermögensverteilung als Indikatoren herangezogen. Dabei muss auf Schätzungen und Befragungen zurückgegriffen werden, sodass die Ergebnisse immer mit Ungenauigkeiten behaftet sind und nur ein begrenzt realistisches Bild ergeben. Es kommt hinzu, dass es sehr schwer ist, die staatliche Umverteilung von "oben nach unten", also die Umverteilung durch den Sozialstaat, exakt zu erfassen. Zu komplex sind die Systeme, zu unterschiedlich die individuellen Situationen.

Aus den vorliegenden Ergebnissen seien einige etwas näher dargestellt:

Das Institut der deutschen Wirtschaft hat sich im Jahr 2008 mit der Einkommensverteilung in Deutschland auseinandergesetzt. Es kommt für 2003 (neuere Zahlen lagen noch nicht vor) zu folgenden Feststellungen: Das am zweitbesten verdienende Zehntel der Haushalte verfügte im Durchschnitt um ein 28-mal so hohes Marktein-

kommen⁷ wie das am zweitschlechtesten verdienende (die Extreme an beiden Seiten des Einkommensspektrums wurden ausgeklammert).⁸ Aber: Nach dem sozialen Ausgleich (insbesondere Sozialabgaben und Steuern einerseits sowie staatliche Sozialleistungen andererseits), also der "Umverteilung von oben nach unten", ergibt sich ein völlig anderes Bild. Die Haushalte mit dem zweithöchsten Markteinkommen hatten ein knapp 3-mal so hohes Nettoeinkommen⁹ wie Haushalte aus der vorletzten Einkommensklasse – der ursprüngliche Abstand ist damit auf ein Zehntel zusammengeschrumpft.¹⁰

In realen Zahlen zeigt sich folgendes Bild: Die 10% der Bundesbürger mit den niedrigsten Durchschnittseinkommen erhalten monatlich 900 Euro mehr vom Staat, als sie Abgaben leisten. Die mit einem Bruttomonatseinkommen von 5.350 Euro zum bestverdienenden Zehntel gehörenden Bundesbürger zahlten dagegen mehr als 2.200 Euro in die öffentlichen Kassen ein. Bereits ab einem Durchschnittsverdienst von brutto 1.500 Euro im Monat führen die Bundesbürger mehr an das Finanzamt und an die Sozialversicherungen ab, als sie umgekehrt vom Staat bekommen. Der Saldo aus Geldtransfers und Abgaben beträgt in dieser Einkommensgruppe etwa 200 Euro.¹¹ Aus diesen Berechnungen wird deutlich: Der Sozialstaat in Deutschland funktioniert!

Eine Größe, um die Einkommensungleichheiten zu messen, ist der so genannte Gini-Koeffizient. Der Wert "0" steht für eine vollständige Gleichverteilung, der Wert "1" steht für eine extreme Ungleichverteilung. Der Gini-Koeffizient lag in Deutschland zuletzt bei 0,27; seine Schwankungsbreite ist seit vielen Jahren nur gering.¹²

Im internationalen Vergleich zeigt sich, dass die Ungleichverteilung der Einkommen in Deutschland unter dem internationalen Durchschnitt liegt, also mehr "Einkommensgleichheit" herrscht als in vielen anderen Ländern. So lag der Gini-Koeffizient im Durchschnitt von 26 OECD-Staaten im Jahr 2000 bei rund 0,31. Deutschland lag mit rund 0,27 deutlich darunter. Für die USA zum Beispiel ergab sich ein Wert von 0,36. Am obersten Ende der Skala lagen die Türkei mit rund 0,44 bzw. Mexiko mit rund 0,48.¹³

Aus diesen und anderen Untersuchungen wird deutlich: Bei der Einkommensverteilung in Deutschland kann keinesfalls davon gesprochen werden, dass sie in der Summe "sozial ungerecht" sei.

Bemerkenswert ist vor allem das Ausmaß an Umverteilung durch den Sozialstaat, die die Verteilung der Markteinkommen erheblich korrigiert und zu mehr Gleichverteilung führt.

Bei den Vermögen ist die Konzentration deutlich höher als bei den Einkommen. Dies allein schon deswegen, weil es für gut verdienende Haushalte erheblich einfacher ist, ein Vermögen aufzubauen, als für weniger gut verdienende. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung kommt zu folgenden Ergebnissen:¹⁴ Im Durchschnitt verfügten die Personen ab 17 Jahren im Jahr 2007 über ein individuelles Nettogesamtvermögen (ohne Sozialversicherungsansprüche) von rund 88.000 Euro. Etwas mehr als ein Viertel aller Erwachsenen (27%) hatte kein persönliches Vermögen oder war sogar

verschuldet. Das reichste Zehntel der Bevölkerung besaß ein Netto-Gesamtvermögen von mindestens 222.000 Euro.

Der Gini-Koeffizient lag 2007 bei 0,80. Im internationalen Vergleich nimmt Deutschland damit eine mittlere Position ein. So lag der Gini-Koeffizient in Kanada 1999 bei 0,75 und in den USA bei 0,84.¹⁵ An diesen Größenordnungen wird deutlich: Die Zielsetzung, die einkommensschwächeren Haushalte bei der Vermögensbildung zu unterstützen, hat nichts von ihrer Aktualität verloren. Im Übrigen wäre es interessant zu wissen, wie die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise diese Situation verändert hat. Denn es ist davon auszugehen, dass gerade die gut Verdienenden besonders von den Verlusten betroffen waren.

Ein großes Problem ist, dass es in der Bevölkerung zu starken Fehlwahrnehmungen kommt. Es ergibt sich eine "gefühlte Ungerechtigkeit". Bei den Einkommen werden die Spitzengehälter einiger weniger hochgerechnet, was dazu führt, dass die Verteilung des Reichtums überschätzt wird. Nach den Zahlen des Statistischen Bundesamtes (2005) gehören 5,7% der Bevölkerung in Deutschland zur einkommensreichsten Gruppe. Hierzu reicht ein Haushaltseinkommen von 5.000 Euro aus.¹⁶ Befragungen der Bevölkerung zeigen ein völlig anderes Bild. So wurden zum Beispiel Studenten befragt: Oststudenten gaben meistens Werte zwischen 25.000 Euro und 30.000 Euro an, Weststudenten 15.000 Euro bis 20.000 Euro.¹⁷ Mehr als 10.000 Euro haben nur 0,6% der Haushalte. Bei einer Befragung der Bevölkerung käme heraus, dass 10 bis 20% mehr als 10.000,00 Euro im Monat haben.¹⁸ Dies bedeutet, dass der Reichtum in der Breite völlig überschätzt wird.

Zu Fehleinschätzungen kommt es auch bei der Frage, wer eigentlich die Umverteilung in Deutschland bezahlt. Ein interessantes Befragungsergebnis ist, dass 80 bis 90% der Befragten meinen, die einfachen Arbeiter zahlen zu viel Steuern.¹⁹ Tatsache aber ist, dass die unteren 30% der Steuerpflichtigen nur 0,8% zum Aufkommen der Einkommensteuer beitragen, die oberen 30% der Steuerpflichtigen dagegen 80,6%.²⁰

Zu Fehleinschätzungen kommt es auch immer wieder, wenn Menschen in den neuen Bundesländern befragt werden. So wird bei allen Umfragen durchgängig gesagt: "Die DDR war sozial gerechter." Realität aber ist, dass die Ungleichheit in der DDR zum Beispiel bei den Vermögen größer war als in der Bundesrepublik Deutschland.²¹

4. Wo besteht Handlungsbedarf?

Die Ergebnisse verschiedener Analysen und Untersuchungen zeigen also, dass die Debatte um die soziale Gerechtigkeit in Deutschland weniger durch Realitäten als vielmehr durch Fehlwahrnehmungen und Einzelfälle eklatanter Fehlentwicklungen geprägt wird. Es ist deshalb zunächst notwendig, den Auswüchsen und Fehlentwicklungen der letzten Jahre konsequent entgegenzuwirken. Dazu bedarf es auch gesetzlicher Vorgaben.

Im Einzelnen sind folgende Maßnahmen wichtig:

- Unternehmerische Fehlentscheidungen dürfen nicht allein dem Steuerzahler aufgebürdet werden. Wir erleben heute eine Privatisierung der Gewinne und eine Sozialisierung der Verluste. Das ist ethisch nicht vertretbar und auch nicht hinnehmbar. Deshalb muss sichergestellt werden, dass die Milliardenhilfen des Staates, die insbesondere den Banken gewährt werden, an Auflagen und Rückzahlungsbedingungen gekoppelt sind. Alles andere wäre den Menschen nicht vermittelbar.
- Bessere Regelungen müssen dafür sorgen, dass Manager für gravierende Fehlentscheidungen in Haftung genommen werden können. Die bisherige Praxis, durch Haftpflichtversicherungen für Manager jegliche Haftung auszuschließen, sollte korrigiert werden. Hier besteht auch eine diametral andere Situation als in mittelständischen Unternehmen. Der mittelständische Unternehmer ist nicht nur an den Gewinnen des Unternehmens beteiligt, sondern er steht auch für Verluste gerade.
- Die Bezahlung von Spitzenmanagern muss künftig stärker an die langfristige Entwicklung des Firmenwerts gekoppelt werden statt an kurzfristige Ergebnisse. Hierdurch könnte auch verhindert werden, dass durch Entlassungen von Mitarbeitern oder Kürzungen im Bereich von Forschung und Entwicklung kurzfristige Erfolge angestrebt werden, die längerfristig nicht tragfähig sind. Bonuszahlungen oder Aktienoptionen sollten deshalb künftig an mittel- und längerfristige Erfolge gebunden sein und nicht etwa an Quartalszahlen.
- Exzessiven Managergehältern muss entgegengewirkt werden. Mehr Transparenz ist hier ein erster wichtiger Schritt. Es bedarf aber auch einer breiteren Basis für Entscheidungen. Über Vorstandsgehälter sollte nicht nur ein kleiner Kreis entscheiden können. Und schließlich könnte auch der Umfang der steuerlichen Absetzbarkeit von Managergehältern eine begrenzende Wirkung haben.

Diese Maßnahmen, die teilweise von der Bundesregierung bereits auf den Weg gebracht wurden, sind auch deswegen notwendig, um zu verhindern, dass das Fehlverhalten weniger den Ruf der deutschen Wirtschaft insgesamt beschädigt. Die Vielzahl der Entscheidungsträger vor allem in den kleinen und mittleren Unternehmen handelt in hohem Maße verantwortungsbewusst und orientiert sich an langfristigen Unternehmenszielen. Sie müssen vor denen geschützt werden, die die Grundregeln ethischen Verhaltens diametral missachten. Mit Recht hat der Unternehmer Andreas Jacobs formuliert: "Firmen brauchen Geschäftsmodelle, die nachhaltig sind, langfristige Arbeit schaffen und die Umwelt nicht über Gebühr belasten. Nur so können wir die Zukunft künftiger Generationen verantwortlich gestalten."²²

Wenn es gelingt, solche Exzesse und Fehlentwicklungen, wie sie insbesondere im Jahr 2008 zu beobachten waren, künftig zu vermeiden, ist viel für den Ruf der deutschen Wirtschaft und den Glauben an die soziale Gerechtigkeit gewonnen. Die aufgezeigten Maßnahmen können sehr kurzfristig umgesetzt werden und das Vertrauen in unsere Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft stärken.

Mittelfristig wären zwei weitere Maßnahmen von großer Bedeutung:

- Gerade die Menschen mit mittleren Einkommen, die Facharbeiter und qualifizierten Beschäftigten, sind immer stärker von der hohen Steuer- und Abgabenbelastung betroffen. Sie sollten weiter gezielt entlastet werden. Es ist nicht hinnehmbar, wenn bereits im Bereich mittlerer Einkommen von jedem zusätzlichen Verdienst mehr als die Hälfte wieder verloren geht. Die Zielsetzung "Mehr Netto vom Brutto" ist deshalb uneingeschränkt richtig.
- Das Management ist in vielen Fällen unmittelbar am Unternehmenserfolg beteiligt. Auch den anderen Arbeitnehmern sollte vermehrt diese Möglichkeit eröffnet werden. Eine solche Beteiligung an Erfolg und Kapital ist eine ethische Notwendigkeit und dient dem sozialen Frieden. Auch die Tarifparteien sind hier künftig stärker als bisher gefordert.

Weiter ist es wichtig, über die sozialpolitischen Realitäten in Deutschland besser zu informieren und die Grenzen der Umverteilung aufzuzeigen. Schon heute liegen die Ausgaben für den Sozialstaat in Deutschland bei jährlich über 700 Milliarden Euro, das ist ein Drittel der volkswirtschaftlichen Gesamtleistung. Mehr Umverteilung ist nicht finanzierbar! Angesichts der jüngsten Konjunkturpakete und Stabilisierungsaktionen für die Finanzmärkte sowie der weltweiten Konjunkturprobleme wird die Staatsverschuldung weiter steigen. Dies erfordert mittelfristig Ausgabenkürzungen, auch vor dem Hintergrund der Verantwortung für künftige Generationen. Eine Dimension der sozialen Gerechtigkeit ist nicht zuletzt auch die Generationengerechtigkeit!

5. Ausblick

Die Stabilisierungsaktionen für die Finanzmärkte und die Konjunkturpakete der letzten Monate haben einen entscheidenden Beitrag geleistet, um einen Absturz der internationalen Finanzsysteme und der Weltwirtschaft zu verhindern. Hier hat die Politik, in Deutschland und international, ihre Handlungsfähigkeit eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Dies war gerade für die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen, die auf ihren Arbeitsplatz und ihre Sparguthaben angewiesen sind, von großer Bedeutung.

Im weiteren Jahresverlauf wird es besonders darauf ankommen, die Rahmenbedingungen für den Erhalt und die Neuschaffung von Arbeitsplätzen so günstig wie möglich zu gestalten. "Sozial ist, was Arbeit schafft" – dieser Slogan wird im Jahr 2009 wieder besondere Bedeutung erlangen. Es ist zu hoffen und zu wünschen, dass er möglichst erfolgreich umgesetzt wird.

Anmerkungen

- ¹ Sommer, Michael (Institut für Demoskopie Allensbach): Vertrauenskrise der Marktwirtschaft, Vortrag, 19.1.2009 in Stuttgart.
- ² Hasselfeldt, Gerda: Der Profit versagt als Maßstab, in: Bayernkurier, 7.2.2009.
- ³ Interview mit Manfred Schmitt, in: Süddeutsche Zeitung, 19.11.2008.
- ⁴ Balzli, Beat u.a.: Schuld und Sühne, in: Der Spiegel 8/2009, S.61.
- ⁵ Sommer: Vertrauenskrise der Marktwirtschaft.
- ⁶ Zitiert nach Langendörfer, Hans: Soziale Gerechtigkeit – Wessen Auftrag?, in: Bericht der Stiftung Marktwirtschaft über die Tagung "Was ist sozial?", 8.11.2007.
- ⁷ Als Markteinkommen wurde definiert: Einkommen aus Erwerbstätigkeit, Vermögen, Vermietung und Verpachtung einschließlich des Arbeitgeberbeitrags zur Sozialversicherung.
- ⁸ Horschel, Nicole/Pimpertz, Jochen: Der Einfluss des Sozialstaates auf die Einkommensverteilung, in: IW-Trends 2/2008.
- ⁹ Als Nettoeinkommen wurde definiert: Markteinkommen zuzüglich öffentlicher Transfers, abzüglich Einkommenssteuer, Solidaritätszuschlag und Sozialversicherungsbeiträgen.
- ¹⁰ Horschel/Pimpertz: Der Einfluss des Sozialstaates auf die Einkommensverteilung.
- ¹¹ Haas, Sibylle: Gutverdiener stemmen soziale Sicherung, in: Süddeutsche Zeitung, 8.1.2009.
- ¹² Schroeder, Klaus: Zu Begriff und Bedeutung Sozialer Gerechtigkeit, in: Bericht von der Tagung "Was ist sozial?" der Stiftung Marktwirtschaft, 8.11.2007; es werden die Haushaltsnettoeinkommen zugrunde gelegt.
- ¹³ Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten 2006/07, S.444ff.
- ¹⁴ Frick, Joachim R./Grabko, Markus M.: Gestiegene Vermögensungleichheit in Deutschland, in: DIW-Wochenbericht, 21.1.2009, S.57.
- ¹⁵ Ebd., S.59.
- ¹⁶ Schroeder: Zu Begriff und Bedeutung Sozialer Gerechtigkeit, S.12.
- ¹⁷ Ebd.
- ¹⁸ Ebd.
- ¹⁹ Ebd., S.14.
- ²⁰ Wirtschaftswoche Global, 21.1.2009, S.96, die Zahlen sind für das Jahr 2007.
- ²¹ Schroeder: Zu Begriff und Bedeutung Sozialer Gerechtigkeit, S.15.
- ²² Interview mit Jacobs, Andreas, in: Süddeutsche Zeitung, 24.2.2009.

Autor

Dr. Peter Witterauf, promovierter Volkswirt, ist Hauptgeschäftsführer der Hanns-Seidel-Stiftung, München.